

DR. FRANZ VRANITZKY

KOLLOQUIUM

„Wachstumsoffensive für Österreich und Europa“

Plädoyer für das Politische, das Primat der Politik!

Wir stellen das Kolloquium unter das Motto „Wachstumsoffensive für Österreich und Europa“ weil wir kritisieren, dass die meisten EU-Staaten fast nur den Schwerpunkt Restriktion in der Staatsführung im allgemeinen und in der Politik der öffentlichen Finanzen im besonderen verfolgen. Sie lassen fast ausschließlich Visionen der Offensive, der Zukunftsentwicklung, der Hoffnung vermissen. Die derzeitige österreichische Bundesregierung ist davon keine Ausnahme.

Grundlegende Probleme rund um das Thema „Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand“ sind in erster Linie politisch zu betrachten, politisch zu lösen, im Wege der politischen Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Finanzmärkte.

Oft gewünschte oder beschworene rein technokratische Wege führen zu keinem Ziel. Solche Wünsche sind so sinnlos wie der Ruf nach dem sogenannten unabhängigen Experten, der komplexe politische Probleme lösen soll.

Vier Anmerkungen:

Erstens

Die schwache wirtschaftliche Performance der schwarz-blauen Bundesregierung

Kern der Regierungsproblematik:

Dass sie nicht nur eine überwiegend parteipolitisch orientierte Taktik in der Budgetpolitik verfolgt (Schlagwortpolitik: „Nulldefizit“ bis „größte Steuerreform der zweiten Republik“), sondern vor allem dass sie keine budgetpolitische Strategie vorweisen kann. (Das ist ihr beispielsweise vom IWF, der OECD oder auch von der Europäischen Kommission ganz deutlich vorgeworfen worden.)

Die Regierung übersieht die Abdankung ihrer eigenen Wirtschafts- und Budgetpolitik, die nicht einmal den Versuch unternimmt, den Absturz in Stagnation und Deflation aufzuhalten. (Siehe jüngste Diagnosen der

Nationalbank und der Wirtschaftsforschung. Die Regierung zuckt mit keiner Wimper).

(„Die Defizite im Doppelbudget 2003 und 2004 sind nicht geplant, sondern passiert. Der Staat pumpt nicht antizyklisch Geld in die Wirtschaft, es gibt keinen Investitionsstoß in Forschung und Infrastruktur. Grasser brechen die Steuereinnahmen weg, ohne dass er gezielt Mehrausgaben tätigt, um die erlahmende Nachfrage zu beleben und durch öffentliche Aufträge Beschäftigung zu schaffen oder wenigsten zu sichern. Im Staatshaushalt gibt es keinen Spielraum mehr für eine Konjunktursteuerung.“ (Leitartikel Kleine Zeitung (!), Chefredakteur Erwin Zankel, vom 22. Juni 2003)

Beispiele für das Fehlen einer budgetpolitischen Konzeption:

- Die nicht wirklich (bzw. nur oberflächlich) gelösten Fragen im Finanzierungsverhältnis zwischen Bund und Ländern
- Das Fehlen jeglicher strukturell nachhaltiger Maßnahmen
- Verkauf von Wohnbaurdarlehen, Ausgliederungen: von EUROSTAT nicht als budgetwirksam anerkannt
- Die Konzentration auf einnahmenseitige Maßnahmen (EU-Kommissar Pedro Solbes betont zwar, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Budgetkonsolidierung und Wachstum gebe. Etwa die Hälfte der Konsolidierung schlage sich in mehr Wachstum nieder, vorausgesetzt es werde bei den Ausgaben gespart und nicht die Steuern erhöht!)
- Die soziale Unverträglichkeit vieler Maßnahmen
- Die Unglaubwürdigkeit der Verwaltungsreform
- Die Senkung der Lohnnebenkosten
- Die Anhebung der Forschungsquote
- Der Verteidigungshaushalt
- U.v.m.

Keine echte Reformpolitik um Herausforderungen wie EU-Erweiterung und Strukturwandel erfolgreich zu bestehen

Die mittelfristige Finanzplanung laut IWF zu unausgegoren (es genügt eben nicht nur auf der Kärntnerstraße und im Internet die Senkung der der Abgabenquote zu propagieren: Self-Marketing nicht mit Kompetenz und Reformeifer zu verwechseln!)

Seriöserweise müsste die Frage jedoch von ganz anderer Seite aus diskutiert werden: Welche Ausgaben will die Wirtschaftspolitik kürzen, um diese niedrige

Steuern- und Abgabenniveau zu erreichen? Zu befürchten ist, dass dies mit einer Zerschlagung des Wohlfahrtsstaats finanziert werden soll.

Das Wirtschaftswachstum wurde durch den rigorosen Sparkurs der Regierung Schüssel I zusätzlich mit 0,5 % belastet.

Budgettricks des Finanzministers, Einmaleffekte: Belastung der Arbeitslosenversicherung, Ausräumen der ÖIAG und Fonds, Ausverkauf der Wälder und Seen)

Reserven der Nationalbank angreifen um Mängel der Regierungsarbeit zu kaschieren (Devisenreserven gehören den Österreichern und dienen dazu, den Wert der Ersparnisse zu sichern)

Der Kapitalmarkt wird sträflich vernachlässigt

- Verpfushtes Gesetz für Pensionsinvestmentfonds
- unausgeglichenes Gesetz zur Abfertigung neu
- Privatisierungspolitik á la Grasser lässt die Zahl der börsennotierten Unternehmen im ATX weiter schrumpfen
- Außer teure Studien (Boston Consulting) ist uns Grasser zu diesem Thema alles schuldig geblieben

Steuer- und Abgabenquote auf historischen Höchstständen

- Lohnsteuer seit 2000 um 11% gestiegen
- Einkommenssteuer seit 2000 um 15% gestiegen
- Reallohnentwicklung unter EU-Durchschnitt (1999: 1,6 %; 2002: 0,2 %, EU-Schlusslicht)
- Sozial Schwache, Arbeitslose, Unfallrentner, Pensionisten: Sonderopfer
- Durch Erhöhung der Massensteuern und Gebühren verlor das untere Einkommensdrittel mehr als es durch die Steuerreform 2000 gewonnen hatte

Zweitens

Alternativen und Forderungen

Wachstumsprogramm

Sozialdemokratische Zielsetzungen: Verteilungsgerechtigkeit und Vollbeschäftigung

Voraussetzung: Wirtschaftswachstum und stetige Konjunktorentwicklung (es gibt einen engen Zusammenhang zwischen hohem Wirtschaftswachstum sowie stetiger Konjunktur einerseits und günstiger Arbeitsmarktentwicklung andererseits)

Daher Strukturwandel durch Investitionen und Innovation (technologisch, wirtschaftlich und sozial)

Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur sowie ein öffentliches Bildungswesen sind die Voraussetzungen dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch Innovationsdynamik und Strukturwandel geprägt ist.

Das Beispiel nordeuropäischer Staaten zeigt, dass es sehr wohl gelingt, wirtschaftliche Prosperität und hohe soziale Standards zu vereinbaren.

Die relativ niedrige Arbeitslosigkeit der letzten Jahrzehnte in Österreich ist im Wesentlichen ein Ergebnis der antizyklischen Fiskalpolitik in der Zeit Vranitzky/Lacina, zulassen der Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren, Nulldefizit in Rezession: falscher Zeitpunkt!

Bereitstellung qualitativ hochwertiger und kostengünstiger öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen Vorrang vor Ausweitung der Transferzahlungen:

Bsp.: Pro Jahr 6,5 Mrd. € für Familienförderung, gleichzeitig vor allem Familien von Armut betroffen, 20 % der Alleinerzieherinnen in Armut

Offensichtlich ist also die Familienförderung nicht effizient, obwohl soviel Geld ausgegeben wird. Von den 6,5 Mrd. gehen neun Zehntel in Transfer (Kindergeld etc.) und nur ein Zehntel in öffentliche Infrastruktur wie Betreuungseinrichtungen. Diese ermöglichen es aber den Eltern/Müttern einer Erwerbsarbeit nachzugehen, Einkommen zu erzielen und damit der Armutsfalle zu entkommen. Kinderbetreuungseinrichtungen wären ein gutes Beispiel einer effizient eingesetzten öffentlichen Infrastruktur, um wirtschaftspolitische Zielsetzungen zu erreichen.

Hauptaugenmerk muss auf der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegen: mehr Menschen ohne Arbeit bedeuten höhere Aufwendungen und geringeres Steueraufkommen. Mehr ertragsschwache Unternehmen bedeuten geringere Abgaben und mehr Arbeitslose.

Umverteilung zugunsten der unteren und mittleren Einkommensschichten
(Steuerreform, Absetzbeträge, Negativsteuern: Einkommen bis 10.000 € jährlich
steuerfrei = 850 € mehr frei verfügbares Einkommen)

Forderungen:

1. Investitionen in den Infrastrukturbereich

z.B. Bahn, die dem 21. Jahrhundert und der EU-Erweiterung entspricht;
Maßnahmen und Investitionen in SCHIG und ASFINAG vorziehen:
Projekte im Umfang von 3,3 Mrd. € sind baureif)

2. Investitionen in die Informations- und Kommunikationstechnologien
(Innovation)

3. Investitionen in Forschung und Entwicklung (stufenweise Anhebung
der F&E Quote um 1% BIP) und Bildung

Im Vergleich zu den skandinavischen Ländern gibt Ö pro
Arbeitslosen nur etwa die Hälfte aus, um Maßnahmen für aktive
Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik zu setzen

Drittens

Wachstumsmotor EU-Osterweiterung

Weil die Ostöffnung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs der österreichischen
Wirtschaft so beträchtlich neue Chancen bot, ohne dass unsere Nachbarländer
schon EU-Mitglieder wären, halte ich es schon aus Eigennutzgründen für
erforderlich, diese Chancen verstärkt wahrzunehmen.

Zum Beispiel: Seit 1989 haben wir mit unseren Nachbarländern in Mittel- und
Osteuropa einen Handelsbilanzüberschuss von 15 Mrd. Euro erwirtschaftet.
Österreichs Wirtschaft wäre im letzten Jahrzehnt bedeutend langsamer
gewachsen, wäre es uns nicht geglückt, unsere Exporte nach Osteuropa um 600
% zu steigern, im Vergleich dazu betrug der Zuwachs gegenüber dem Rest der
Welt 160 %.

Und folgt man den Zahlen des Wirtschaftsforschungsinstituts, so wird die
Osterweiterung von 2004 bis 2006 für jeden Österreicher ein Wohlstandsplus
von 125 Euro pro Jahr erbringen. Dagegen sind die Kosten der Erweiterung, das
heißt die tatsächlich in diesen Jahren fließenden Transfers minus die Beiträge
der neuen Mitgliedsstaaten mit 10 Euro pro EU-Bürger gering. Ein wohl
bescheidener Beitrag, verglichen mit den positiven Effekten für Österreich.

Weiters hat sich das Defizit der österreichischen Außenhandelsbilanz letztes Jahr in einen Handelsüberschuss gewandelt. Seit dem EU-Beitritt 1995 sind die Exporte stärker gewachsen als die Importe, zugleich ist der gesamte grenzüberschreitende Warenfluss massiv gestiegen (von 83 Mrd. 1994 auf 154 Mrd. Euro 2001). Da vom EU-Beitritt Österreichs die Gesamtheit der Unternehmen sehr stark profitiert hat, steigen mit Blick auf die Erweiterung ab 2004 nun vor allem die Chancen für exportierende Unternehmen.

Das überproportional hohe Wirtschaftswachstum der Beitrittsländer bietet natürlich große ökonomische Möglichkeiten für die heutige EU. Man rechnet mit insgesamt 250 Mrd. Euro zusätzliches Einkommen für die alten EU 15 in den nächsten zehn Jahren. Aufgrund der bereits existierenden starken Handelsverflechtungen wird Österreich in Relation zum heutigen BIP am meisten profitieren: das sind 24 Mrd. Euro zusätzliches Wirtschaftswachstum bis 2012 (oder 10 % des heutigen BIP).

Dies bedeutet natürlich auch zusätzliche Arbeitsplätze. Bereits die Ostöffnung brachte Österreich 130.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Insgesamt wird Österreich der Ostöffnung und EU-Erweiterung in zehn Jahren fast eine Viertel Million Arbeitsplätze zu verdanken haben.

Aber mit dem Beitritt erhalten die neuen acht osteuropäischen Staaten (östliches Mitteleuropa plus baltische Staaten) Chancen, die sie bisher nicht hatten. Von Beginn der neunziger Jahre an bis jetzt waren es österreichische Betriebe, die sich bei den Privatisierungen erfolgreich beteiligen konnten. Gute Effekte dabei: Sämtliche Direktinvestitionen halfen den heimischen Unternehmen, den Österreich-Standort abzusichern.

Mit dem EU-Beitritt gilt EU-Recht dann auch bei den Nachbarn. Österreich verliert dadurch einen Wettbewerbsvorteil. Es wird also anderer Anreize bedürfen, um die Osteuropa-Zentralen von (international agierenden) Unternehmen in Österreich zu halten. Eine restriktive Ausländerpolitik und große Schwierigkeiten, Ausländern eine Arbeitsbewilligung zu beschaffen, könnten sich bald als Standortnachteil herausstellen.

Denn der Aufbruch geschieht in unseren östlichen Nachbarländern!

Mehr an Initiativen! Welche Beiträge der österreichischen Politik?

Viertens

Das europäische Einigungswerk steht vor der nächsten Etappe der wirtschaftspolitischen Vorhaben. Die gemeinsame Währung wird eine wirksame Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik erfordern.

Die unterschiedlichen steuerpolitischen Gegebenheiten in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten begünstigen oder behindern den Kapitalfluss über die alten Grenzen hinaus. Durch Steuerflucht des Kapitals sind in den letzten Jahren die Steuereinnahmen um 10% gesunken, die Besteuerung der Arbeit dafür um 7% gestiegen. Nach Schätzung der Weltbank sei ein Drittel der hohen Arbeitslosigkeit auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Will man Spielräume für eine Wirtschaftspolitik analysieren, die es gibt, um Wachstum und damit Beschäftigung zu schaffen, so landet man bei der grundsätzlichen Frage der Anwendung angebots- und/oder nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik bzw. der Balance zwischen beiden. Reichen also angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, Preisstabilität und der Abbau von Budgetdefiziten aus, um ein zufrieden stellendes Wirtschaftswachstum zu erzielen?

Es wäre falsch, die Budgetkonsolidierung oder die Währungsunion mit dem Steigen der Arbeitslosigkeit in unmittelbaren Zusammenhang zu bringen. Zwar führten die gleichzeitigen Konsolidierungsmaßnahmen der EU-Staaten zu einer Abschwächung des Wachstums und verschärften damit die Schwierigkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine europaweit koordinierte Makropolitik hätte diese aber durchaus entscheidend beeinflussen können.

Während in Europa durch restriktive Geldpolitik die Auswirkungen der wirtschaftlichen Stagnation noch verstärkt werden, wählte man in den USA eine andere Strategie. Der dortige Wirtschaftsaufschwung ist nicht zuletzt auf eine wachstumsorientierte Geldpolitik, die verschiedene Zielgrößen mit einbezog und auf eine wettbewerbsorientierte Währungspolitik zurückzuführen. Bei allen Schwächen kann man vom amerikanischen Modell also durchaus etwas lernen: Allerdings weniger wie man durch Lohnsenkungen Jobs schafft, sondern wie man mit einer zielgerichteten Geldpolitik nachhaltige Wachstumsentwicklungen positiv beeinflussen kann.

„Wachstum hat Vorrang“ (Hans Eichel, Francis Mer, Gordon Brown)

Drei Schwerpunktbereiche: („Wir müssen dem Wirtschaftswachstum Priorität einräumen“)

1. Durch Förderung von Forschung und Innovation das Wachstum steigern
2. den Arbeitsmarkt reformieren (Älteren und Niedrigqualifizierten mehr und bessere (Ausbildungs-) Chancen bieten)
3. Reformen unserer Renten- und Gesundheitssysteme

Einforderung der Verantwortung der (privaten) Unternehmer:

Die italienische Regierung, die in der zweiten Jahreshälfte die EU-Präsidentschaft innehaben wird, will die europäischen Partner davon überzeugen, die transeuropäischen Netze für Verkehr, Energie und Telekommunikation zügig auszubauen. Finanzminister Giulio Tremonti hat dazu ein Investitionsvolumen von 10 Mrd. Euro in zehn Jahren vorgeschlagen. Das Programm solle im Wesentlichen privat finanziert und von der Europäischen Investitionsbank (EIB) durch Darlehen und Bürgschaften abgesichert werden. Die nationalen Haushalte sollten nicht belastet werden.

Das sei nicht nur für einen funktionierenden Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft dringend geboten, sondern auch ein Beitrag, die Konjunktur anzukurbeln.

So weit, so ambitioniert. Allerdings sind diese Vorschläge nicht neu. Bereits im Vertrag von Maastricht wurde auf Initiative des damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors die Transeuropäischen Netze verankert. Auf dem EU-Gipfeltreffen in Essen 1994 wurden dann 14 vorrangige Verkehrsprojekte aufgelistet, die bis zum Jahr 2010 vollendet sein sollen. Doch dafür fehlen nicht nur die notwendigen Investitionsmittel, sondern vielfach auch die Rahmenbedingungen, um beispielsweise mehr öffentlich-privaten Unternehmenspartnerschaften zum Durchbruch zu verhelfen. Die EIB ist zwar mit einem Finanzierungsanteil von rund einem Drittel der Investitionskosten wichtigster Geldgeber, doch das reicht nicht aus. Neue Finanzierungs- und Betreiberkonzepte sind gefragt.

Der Vize-Präsident der EIB, Wolfgang Roth, setzt auf eine stärkere Beteiligung privater Investoren. Denn nur Privatinvestitionen, so Roth, würden aus der Krise helfen. Bei Private-Public-Partnerships (PPP) oder bei der Übernahme von Garantien für private Investoren besitzt die EIB europaweit Erfahrung. Will man eine Ankurbelung dieser Vorhaben, dann müssen die Eigentümer der Bank – die EU-Mitgliedsländer – aber auch den Kreditspielraum der Bank ausweiten (Kapitalerhöhung). Die Vertreter der Staaten sind die jeweiligen Finanzminister, ihnen obliegt also die politische Verantwortung.

Einnahmenschaffung für die Herstellung der Rentierlichkeit von Infrastrukturinvestitionen.

Kostenwahrheit im Verkehr die Antwort, gleichzeitig aber auch eine der größten politischen Herausforderungen (politische Verankerung der Frächter etc.)

Abschließend

Ich wende mich nochmals dagegen, dass angesichts der Verlagerung politischer Verantwortung auf supranationale Einheiten, angesichts der Verflechtungen,

Politik nur mehr sehr eingeschränkt möglich ist. Deshalb rede ich der Verstärkung des Politischen auch auf europäischer Ebene das Wort. Daran ist noch zu arbeiten. Ich kann mich gelegentlich nämlich des Eindrucks nicht erwehren, von der Politik auf europäischer Ebene wird weltanschaulich „Keimfreiheit“ verlangt.

Ungefähr nach dem Motto: die dümmliche Parteipolitik lässt man beim Besteigen des Flugzeugs in Schwechat zurück und begibt sich in den europäischen Räten in das Paradies der parteilosen Sachlichkeit. Das stimmt natürlich nicht. Je mehr das europäische Modell zusammenwächst, um so mehr werden auch politisch-inhaltliche Auseinandersetzungen zu führen und politisch-inhaltliche Erfolge zu erringen sein.

Manko: die europäische Sozialdemokratie setzt sich in diesen Kernfragen zu wenig in Szene.

Führungskräfte in Politik und Wirtschaft sollten nicht nur so genannt werden, sondern die Führungsarbeit auch leisten. Ich meine damit, es muss die Zeit zu Ende gehen, in der man Umstellungsprobleme, Anpassungsschwierigkeiten auf die geänderten europapolitischen und weltpolitischen Gegebenheiten vorschiebt und das Chancenangebot nicht erwähnt. Wo man bloß erwähnt, was anstrengend ist, oder aber, da spreche ich manche Teilnehmer an der Politik an, weil man hofft, durch Sündenbockpolitik Wählerstimmen zu ergattern.